

Wie Basel zu Strom kommt

Autor(en): David Tréfás
Quelle: Basler Stadtbuch
Jahr: 2013

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/d5d9a0d7-1cf5-4918-841f-b1bbe6493c0d>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

WIE BASEL ZU STROM KOMMT

Ein Anti-AKW-Entscheid des Basler Stimmvolks erwies sich 1974 als richtungweisend für eine nachhaltige Energiepolitik von Basel-Stadt. Inzwischen stellen die Energiewende und die Liberalisierung des Strommarktes die IWB vor neue Herausforderungen.

Im März 1974 verbot das Basler Stimmvolk dem damaligen Elektrizitätswerk, sich am AKW Gösgen zu beteiligen. Was seinerzeit von der gesamten Energiebranche belächelt wurde, legte die Grundlage für den guten Ruf, den die Industriellen Werke Basel (IWB) heute in der Branche geniessen. Denn dieser Entscheid begünstigte die Abkehr von einer Energiepolitik, die lediglich darauf abzielte, den steigenden Verbrauch zu befriedigen, und die Zuwendung zu einer nachhaltigeren Energiepolitik, die Versorgung mit Anreizen zum Energiesparen kombinierte.

Heute fahren die IWB mit ihrer Strategie, Wasserkraft mit anderen erneuerbaren Energien zu kombinieren und somit ihre Kundschaft mit zu hundert Prozent erneuerbarer Energie zu versorgen, einen innovativen und inzwischen weitgehend akzeptierten Kurs. Sie haben im Jahr 2012 weitere Schritte zum Erreichen ihrer alt-neuen Ziele getan, mussten jedoch auch die Grenzen

des eigenen Gestaltungsraumes erkennen. Auch als selbstständiges Unternehmen müssen die IWB die Energiepolitik des Kantons und des Bundes mittragen und die Bedürfnisse der Bevölkerung, die Unwägbarkeiten bei Kraftwerksprojekten, bei der Infrastruktur und nicht zuletzt bei der Wirtschaftlichkeit ihrer Investitionen berücksichtigen.

In den vergangenen Jahren durchlebte der Energiemarkt europaweit einen Umbruch, die Liberalisierung der Märkte hat zu Preis- und Leistungsschwankungen geführt. Während Deutschland im Gefolge von Fukushima die Energiewende verkündete und sich endgültig von der Atomkraft verabschieden will, hält Frankreich nach wie vor eisern an ihr fest. Weil auch in der Schweiz Konzessionen für den Betrieb von Atomkraftwerken in absehbarer Zukunft auslaufen, wird seit Längerem über Rahmenbewilligungen für neue AKWs diskutiert. Im Nachgang zur Reaktorkatastrophe

in Japan verabschiedete der Bund im Mai 2011 seine neue «Energiestrategie 2050», welche mittelfristig den Ausstieg aus der Atomenergie vorsieht. Damit nähert sich der Bund der seit nunmehr vierzig Jahren verfolgten Energiepolitik des Kantons Basel-Stadt und der Strategie der IWB an. Die damalige Pionierleistung des Basler Stimmvolks verschafft aktuell den IWB beträchtliche unternehmerische Vorteile. Basel gilt schweizweit als Vorreiter und Vorbild für den erfolgreichen Atomausstieg.

Diese Erfolge in der Vergangenheit konnten nur errungen werden dank der engen Zusammenarbeit von IWB und Kanton. Zwar haben sich die IWB als ehemaliger Regiebetrieb inzwischen weitgehend von der Politik abgekoppelt – der Regierungsrat ist nicht einmal mehr im Verwaltungsrat vertreten.¹ Jedoch kann nur der Kanton so hohe Kredite gewähren, dass dem Unternehmen beträchtliche Investitionen in Kraftwerke möglich sind, die sich erst nach Jahrzehnten amortisieren und Gewinn abwerfen. Schon nach dem Ersten Weltkrieg hatte die grosszügige Gewährung von Krediten die Beteiligung am Kraftwerk Oberhasli im Grimselgebiet ermöglicht, das seit seiner Inbetriebnahme in den Dreissigerjahren Basel mit günstigem Strom versorgt.

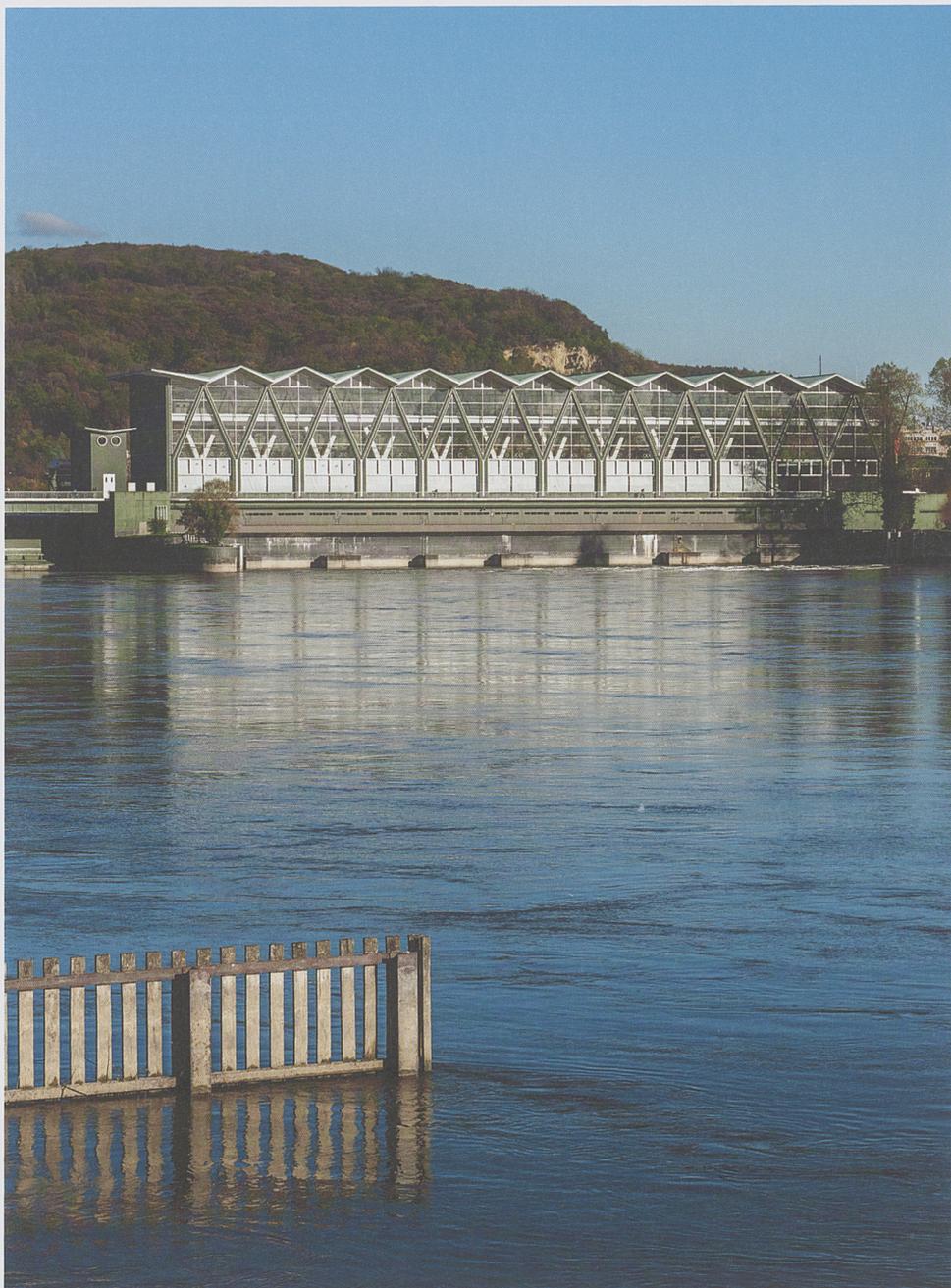
Auch in Zukunft sind die IWB darauf angewiesen, dass die Politik ihre Anliegen unterstützt und neue Möglichkeiten eröffnet. Beispielsweise ist der Erwerb von Beteiligungen an französischen Windkraftwerken nur dann sinnvoll, wenn es der Schweiz gelingt, ungehinderten Zugang zum europäischen Strommarkt zu erhalten; denn zurzeit darf aus Frankreich prinzipiell allein Atomstrom importiert werden und Windenergie nur mit Aufpreis.² Somit bleibt in einem liberalisierten Elektrizitätsmarkt ein Unternehmen wie die IWB einerseits auf die Hilfe des Staates angewiesen und darf andererseits die Versorgungsbedürfnisse der Bevölkerung nicht ausser Acht lassen.

Erweiterung des Kraftwerkparks

Den vielen Herausforderungen zum Trotz verbreitet der Geschäftsbericht für das Jahr 2012 Zuversicht. In vielem sind sich die IWB treu geblieben: Sie setzen weiterhin darauf, die Energie selbst zu produzieren und nur einen geringen Teil einzukaufen. In diesem Zusammenhang stehen auch die neuen Beteiligungen an Pumpspeicherkraftwerken und an Windenergieparks, wie etwa am Pumpspeicherkraftwerk Nant de Drance im Wallis und an Windfarmen in Norddeutschland.

Pumpspeicherkraftwerke dienen vor allem der Deckung von Bedarfsspitzen. Da beispielsweise Flusskraftwerke, AKWs, Gas-, aber auch Windkraftwerke entweder kontinuierlich Energie produzieren oder dies zu Zeiten tun, in denen kaum Energie verbraucht wird, können mit der überschüssigen Energie grosse Mengen Wasser in höher gelegene Stauseen gepumpt werden. Dieses Wasser dient wiederum bei Bedarfsspitzen zum Antrieb von Turbinen. Da Spitzenenergie in der Regel teuer ist, können die IWB ihre eigenen Energievorräte anzapfen und so die Preise besser gestalten. Damit machen sie sich vom Markt weitgehend unabhängig. Für Gesprächsstoff sorgte die mögliche Verwendung von Atomstrom und Energie aus Gaskraftwerken für den Betrieb der Pumpen. In der «TagesWoche» (18. September 2012) wurde der Umstand, dass der in Schiefelage geratene Energiekonzern Alpiq fünfzehn Prozent seiner Beteiligung am Projekt Nant de Drance an die IWB verkaufte, als Hinweis auf das hohe Risiko einer Beteiligung gewertet. Dazu kam die Befürchtung, dass aufgrund von Netzengpässen der Strom in den fraglichen Zeiten gar nicht aus dem Wallis nach Basel transportiert werden könnte.

Dem ist entgegenzuhalten, dass der Bau und Betrieb grosser Wasserkraftwerke immer mit Risiken behaftet ist, jedoch die IWB



Das Kraftwerk Birsfelden: 1951 nach langer Planung erbaut, 1954 in Betrieb genommen, seit Mai 2013 im Bundesinventar schützenswerter Ortsbilder ISOS



**Widerstand ist zu erwarten:
die Challhöhe in natura und als visualisierter Windpark**

bislang mit ihrer Beteiligungsstrategie gut gefahren sind. Allerdings gibt die Tatsache zu denken, dass in einem liberalisierten Energiemarkt neue Konzessionen in der Regel versteigert werden. Deshalb ist es nicht sicher, ob die IWB ihre Beteiligungen an den bestehenden Kraftwerken langfristig werden halten können, obwohl für diesen Fall bereits Rücklagen getätigt werden. Das erste eigene Kraftwerk der IWB, das Kraftwerk Augst, ging 1988 auf diese Weise verloren. Die ersten Konzessionen von Kraftwerken, an denen die IWB beteiligt sind, laufen zwar

Gesamtleistung von 109 581 Megawatt, die rund sieben Prozent des gesamten Elektrizitätsbedarfs abdecken.³ Die Leistung in der Schweiz ist im europäischen Vergleich sehr niedrig; unser Land gilt, im Gegensatz etwa zur Atlantikküste, als windarmes Gebiet. Da sich in der Schweiz nur wenige Windkraftwerke befinden, beteiligen sich Schweizer Elektrizitätswerke seit geraumer Zeit auch an ausländischen Windenergieanlagen. Die IWB gründeten 2011 zu diesem Zweck die Beteiligungsgesellschaft «IWB Renewable Power AG». Sie war zunächst vor allem in Frankreich aktiv, dehnte ihre Geschäfte dann aber auch auf Deutschland und weitere europäische Länder aus. Sie konzentriert sich nicht auf Windenergie, sondern beteiligt sich unter anderem auch am spanischen solarthermischen Kraftwerk «Puerto Errado 2». In den letzten Jahren liessen sich Investitionen im Euro-Raum dank des tiefen Eurokurses zu attraktiven Preisen tätigen. Während man auf die Beteiligung am Grosswindkraftwerk «BARD-Offshore 1» in der Nordsee wegen zu hoher Risiken verzichtete, beteiligten sich die IWB am Windpark Calau im deutschen Bundesland Brandenburg.

Widerstand gegen neue Kraftwerksprojekte

Damit setzten die IWB ihre zweigleisige Strategie fort, sich einerseits an ausländischen Windparks zu beteiligen, andererseits aber auch regionale Projekte zu fördern. Im Inland wurde das Projekt im Gebiet Challhöhe in den Gemeinden Burg, Kleinfützel und Röschenz weiterverfolgt. Sollte die Machbarkeitsstudie positiv verlaufen, ist frühestens im Jahr 2018 mit der Inbetriebnahme zu rechnen. Kraftwerksprojekte rufen jedoch stets (berechtigten) Protest hervor. Im Fall der Challhöhe setzt sich der Verein «Wind-still» gegen den Bau des Windparks ein und führt dabei vor allem landschafts- und naturschützerische Argumente ins Feld: Die Beeinträchtigung der



Das Modell des Kraftwerks Birsfelden in der Turbinenhalle zeigt den massiven Unterbau

erst etwa in zwanzig Jahren aus, jedoch ist eine weitreichende Planung im Umgang mit Grossprojekten unerlässlich. Insofern erscheint es vernünftig, rechtzeitig in neue Kraftwerke zu investieren.

Eine weitere unerschöpfliche Energiequelle ist der Wind. Diese Erkenntnis manifestiert sich ungefähr seit der Jahrtausendwende in einem richtiggehenden Boom beim Bau von Windfarmen. So arbeiteten im Jahr 2012 in ganz Europa Windanlagen mit einer

Natur stehe in keinem Verhältnis zum wirtschaftlichen Nutzen, wie es in der BaZ vom 20. Oktober 2012 hiess. Den Argumenten kann die IWB zwar begegnen, es bleibt jedoch abzuwarten, ob es «Wind-still» gelingt, auch in der Stadt Basel Kraftwerksgegner zu mobilisieren. Wie am Widerstand gegen die Erhöhung der Staumauer des Grimsekraftwerks zu beobachten ist, kann der Natur- und Landschaftsschutz mitunter auch höher gewichtet werden als die Versorgungssicherheit mit Elektrizität.

Die IWB ihrerseits haben gute Argumente für die Förderung alternativer Energien. Zum einen ist dieser Kurs seit nahezu vierzig Jahren gesellschaftlich und politisch tief verankert. Zum anderen können die Basler vorweisen, dass sie durch ihre seit 1912 verfolgte Strategie der Eigenproduktion von Energie die Preise stabil und tief halten und dennoch dem Kanton jährlich einen beträchtlichen Beitrag abliefern können. So zahlten die IWB im Jahr 2012 an den Eigentümer Basel-Stadt 50 Millionen Franken und erreichten gemäss Geschäftsbericht 2012 mit 789 Millionen Franken den höchsten Umsatz ihrer Geschichte.

Das Jahr 2012 war für die IWB erfolgreich. Die Herausforderungen sind jedoch nach wie vor hoch. Eine gute Ertragslage, die Akzeptanz alternativer Energien und ihre jahrzehntelange Erfahrung im Energiesparen auf der einen Seite stehen potenziell unpopulären Bauprojekten wie Windanlagen, Stauseen und vor allem Hochspannungsleitungen gegenüber. Ohne Einschnitte in das Landschaftsbild, da sind sich alle Parteien einig, ist die Energiewende kaum zu bewerkstelligen. Ob es um die Erhöhung der Kapazitäten im Kraftwerk Birsfelden, die Errichtung einer Windanlage auf der Challhöhe oder den Ausbau des oberirdischen Hochspannungsnetzes geht: In jedem Fall müssen die IWB die Unterstützung der versorgten Bevölkerung für sich gewinnen.

- 1 Medienmitteilung Regierungsrat Basel-Stadt vom 11. September 2013: «Aufgrund der erreichten Stabilisierung ist der Verbleib eines Regierungsmitglieds im IWB-Verwaltungsrat nicht notwendig. Per 1. Januar 2013 wird daher Regierungsrat Christoph Brutschin aus dem IWB-Verwaltungsrat zurücktreten und durch Frau Mirjana Blume ersetzt werden. Dieser Beschluss entspricht den Public Corporate Governance-Richtlinien des Regierungsrats, nach denen der Einsatz von Regierungsmitgliedern in den Aufsichtsorganen der kantonalen Beteiligungen nur in Ausnahmefällen vorgesehen werden soll. Ein solcher liegt bei den IWB jetzt nicht mehr vor.»
- 2 «Das ist eine Frage der Einstellung.» IWB-Chef David Thiel über die Energiestrategie des Bundesrates und die Folgen für Basel. In: Der Sonntag, 22. April 2012.
- 3 The European Wind Energy Association: Wind in Power, 2012 European Statistics. February 2013. http://www.ewea.org/fileadmin/files/library/publications/statistics/Wind_in_power_annual_statistics_2012.pdf (Stand 5.8.13).